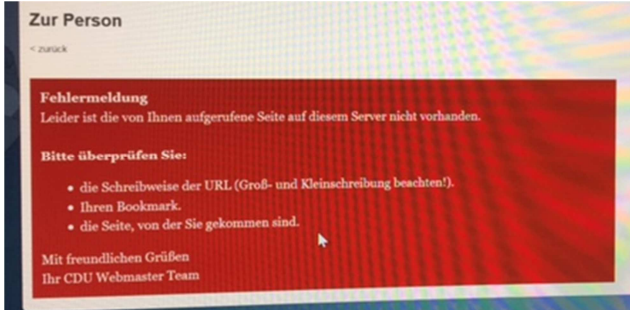


Krüger gelöscht



Nun ist es also amtlich. Daniel Krüger, ehemaliger Baustadtrat von Tempelhof-Schöneberg, wechselt von der CDU zur AfD und will in Pankow Stadtrat für Ordnung, Natur- und Umweltschutz werden. Auf der Seite der CDU Tempelhof-Schöneberg ist sein Eintrag „Zur Person“ gelöscht worden.

„Daniel Krüger hat eine neue politische Heimat gefunden und wird als unser Mann in Pankow in das Bezirksamt gehen“, sagt der Vorsitzende der AfD-Fraktion in Pankow, Stephan Wirtensohn, gegenüber dem Berliner KURIER. Die AfD ist nach SPD und CDU die dritte politische Heimat von Daniel Krüger. Kaum zu glauben ist, dass es nach Informationen des Berliner KURIER „zwölf Kandidaten für den gut bezahlten Posten in Pankow gegeben haben soll, darunter waren ein amtierender Richter und ein weiterer früherer Stadtrat aus dem Bezirk Mitte, dessen Name und Parteizugehörigkeit die AfD geheim hält. Der Mann könnte sonst berufliche Schwierigkeiten bekommen, heißt es.“ Kann man ja mal nachschauen, wer in Mitte nicht mehr Stadtrat geworden ist...

Wirtensohn sagte dem KURIER: „Wir haben uns für Krüger entschieden. Er wurde als Konservativer von seiner Partei enttäuscht und hat ihr den Rücken gekehrt.“ Nach diesem Satz habe ich mir erst einmal einen frischen grünen Tee gemacht. Man soll ja über einen ehemaligen Stadtrat im Nachhinein nichts Schlechtes sagen, hat sich aber die AfD mal nach den fünf Amtsjahren von Daniel Krüger in Tempelhof-Schöneberg erkundigt? Er wurde von seiner Partei enttäuscht? Weil er in einem demokratischen Auswahlverfahren unterlag? Oder warum? Wenn jeder, der bei einer Wahl verliert, danach in eine andere Partei eintritt, wäre die Fluktuation erheblich. Den Pankower Bezirksverordneten kann man nur empfehlen, Daniel Krüger mit großer Mehrheit am 5. April zu wählen. Eine bessere Visitenkarte für die AfD, einen kompetenteren, entscheidungsfreudigeren

Leistungsträger wird sie nicht anderswo finden, nicht in Mitte und nicht in der Justiz.

„Kandidat Krüger wird als ruhig und gemäßigt eingeschätzt. Er bringt zudem Verwaltungserfahrung mit.“, schreibt der KURIER.

„Der Kreisverband Tempelhof-Schöneberg reagierte am Freitag erstaunt“, steht im KURIER. „Dieser Schritt überrascht uns sehr“, heißt es in einer Erklärung des Kreisverbandes.“ In der Vergangenheit habe es keinerlei Anzeichen für inhaltliche Schnittmengen zur AfD gegeben. Knapp 1.200 Mitglieder gehören zum Kreisverband, dessen Kreisvorsitzender der Chef der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Florian Graf, ist. Noch am 4. März wurde Krüger in den CDU-Kreisvorstand gewählt.“ Und wie in unserem Newsletter vom 17.03.2017 erwähnt, nahm Krüger noch am Frühlingsempfang der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg am 8. März teil, mit neuer Frisur als Zeichen seines „Imagewechsels“, wie er selbst sagte.

Krüger hat sich offenbar bisher nicht mehr geäußert. Dafür aber Jutta Kaddatz, die gegen Krüger die Stadtratsnominierung gewann und heute als Bildungs- und Sozialstadträtin weiterhin für die CDU im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg sitzt. Dem KURIER sagte sie, „total überrascht“ über Krügers Wechsel zu sein. „Fünf Jahre lang habe sie mit ihm im Bezirksamt ‚kollegial zusammengearbeitet‘. ‚Die AfD war nie ein Thema zwischen uns. Ich kann mir die Motive nicht vorstellen.‘“ „Im Kreisverband“, so der KURIER „wird vermutet, Krüger sei den finanziellen Anreizen erlegen. Ein Stadtrat erhält in Berlin ein Grundgehalt von etwa 7.600 Euro.“

Blanke Angst

In der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg herrscht inzwischen blanke Angst. Denn dort sitzt Krügers Frau Britta Schmidt-Krüger. Die SPD verfügt über 15, die Grünen 13, die CDU 12, die AfD 6, die Linke 5 und die FDP 4 Sitze. Würde Frau Schmidt-Krüger ihrem Mann folgen, nicht nach Pankow, sondern in die AfD, käme einiges ins Rutschen. Die AfD, knapp an einem Stadratsposten vorbeigeschrammt, hätte nun sieben Mandate und vermutlich Anspruch auf einen Sitz im Bezirksamt, zu Lasten der Grünen. Ein gewähltes Bezirksamtsmitglied deshalb wieder abzuwählen und ein AfD-Mitglied zu wählen, ist eher unwahrscheinlich. Dennoch: Ärger wäre vorprogrammiert. Und dass die AfD vor Gericht zöge, ist sehr wahrscheinlich.

Ed Koch